

3
82

Union in Deutschland

Bonn, den 28. Januar 1982

Abkehr von der NATO

Der vom SPD-Vorstand verabschiedete Leitantrag zur Sicherheitspolitik für den Münchner Parteitag ist Ausdruck des Bemühens der SPD-Führung, den unüberbrückbaren Riß zwischen der anwachsenden Linken in der SPD und Bundeskanzler Schmidt durch einen vordergründigen Kompromiß zu verschleiern, stellt Heiner Geißler fest. Bereits der Parteitag der Hamburger SPD am vergangenen Wochenende mit seiner Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone hat gezeigt, wohin die Reise geht.

Allen Beteuerungen von Willy Brandt und Egon Bahr zum Trotz ist die SPD auf dem direkten Weg, den NATO-Doppelbeschluß zu unterlaufen. Die Forderung in dem Leitantrag, wonach es keine Stationierung neuer nuklearer Waffensysteme auf deutschem Boden geben dürfe, bevor die SPD ihre Meinung über vorliegende Ergebnisse festgelegt habe, ist der unverhüllte Versuch, die Bundesregierung und die Verbündeten in der westlichen Allianz auf die zunehmenden Neutralisierungstendenzen der SPD festzulegen.

Der Verlauf des Hamburger Landesparteitages und der jetzt vorgelegte Leitantrag zeigen, daß die SPD in ihrer Mehrheit die Politik des Bundeskanzlers nicht mehr trägt. Daß ihm dies eine Studie des Auswärtigen Amtes auch noch bestätigt, kennzeichnet den

(Fortsetzung auf Seite 2)

INFORMATION

Helmut Kohl bei Margret Thatcher
Seite 3

HAUSHALT '82

Die Schuldenwirtschaft wird unvermindert fortgesetzt
Seite 5

GLEICHBERECHTIGUNG

Neues Gesetz schafft nur mehr Bürokratie
Seite 8

KOALITION

Nur Genscher hält die SPD an der Macht
Seite 9

PARTEISPENDEN

Rufmordkampagne ist eine Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze
Seite 11

STICHWORT

Beschäftigungsprogramm
Seite 12

POLEN

Entschließung der EUCD/EVP
Seite 13

HELMUT KOHL

Aufruf an die Partei
Seite 14

DOKUMENTATION

Der Machtkampf in der SPD
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Grad der Substanz- und Orientierungslösigkeit der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Das ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Hamburgs SPD folgt den sowjetischen Wunschvorstellungen

Die Hamburger SPD hat sich am Wochenende für eine atomwaffenfreie Zone in Europa als wichtigen Schritt auf dem Weg zur vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen ausgesprochen. Bei drei Gegenstimmen beschloß das Führungsgremium der Sozialdemokraten einen sicherheitspolitischen Leitantrag, in dem der Anspruch der SPD hervorgehoben wird, vor einer eventuellen Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik grundsätzlich neu über den NATO-Beschluß zu entscheiden. Diese Forderung hat bereits der SPD-Vorstand in seinem Leitantrag übernommen.

Nach Ansicht des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagfraktion, Alois Mertes, ist der Beschluß der Hamburger SPD für eine atomwaffenfreie Zone in Europa ein Dolchstoß in den Rücken der amerikanischen Verhandlungsführung bei den Genfer Abrüstungsgesprächen der beiden Großmächte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die atomwaffenfreie Zone ist so viel wert wie eine Fata Morgana. In einer Zeit, in der ein einziges U-Boot der Taifun-Klasse mit seinen 240 Nuklearköpfen die Bundesrepublik vom fernen Indischen Ozean aus in Schach halten könnte.

Die Ächtung und Abschaffung der Nuklearwaffen bleibt ein reales Ziel; nicht aber, zumal in unserer geostrategischen Lage, die angebliche atomwaffenfreie Zone. Es

ist unsinnig, sie als wünschenswert zu bezeichnen, ohne gleichzeitig das Gleichgewicht in der konventionellen Verteidigung anzustreben und auf diese kostspielige Notwendigkeit laut und deutlich hinzuweisen. Der Bundeskanzler hat gebeten, man solle den Unterhändlern in Genf nicht den Teppich unter den Füßen wegziehen. Das wahre Bild ist mehr in der Nähe: Teile der SPD sind im Begriff, dem Kanzler den Teppich unter den Füßen wegzuziehen.

Die Welt: Die Forderung der Hamburger SPD nach einer atomwaffenfreien Zone trägt nach Einschätzung maßgeblicher NATO-Kreise prosowjetische Züge.

Neue Presse (Frankfurt): Der NATO-Doppelbeschluß, wie er Schmidt vorschwebt — verhandeln und dann notfalls rüsten —, ist von der Hamburger SPD-Mehrheit unterlaufen worden. Zehn Wochen vor dem Bundesparteitag in München.

Neue Rhein-Zeitung: Es häufen sich die Anzeichen, daß in SPD und FDP ganz anders gedacht und gefordert wird als in der Bundesregierung. Das jüngste Beispiel lehrte am Wochenende der Landesparteitag der Hamburger SPD. Dort wurde entgegen allen Warnungen des Kanzlers und des Verteidigungsministers für eine atomwaffenfreie Zone nach den Wunschvorstellungen Moskaus plädiert.

General-Anzeiger, Bonn: Es ist schon immer wieder erstaunlich, wie wenig auch noch so robuste, friedensgefährdende Aktivitäten der Sowjetunion in linken Köpfen zu bewegen vermögen. Die von Moskau erzwungene rote Militär-Diktatur in Polen, den Einsatz sowjetischer Soldaten mit Napalm und Giftgas gegen den Widerstand der Afghanen oder das im „Meer des Friedens“ vor der schwedischen Küste gestrandete sowjetische U-Boot mit Atomtorpedos an Bord gab und gibt es für die Mehrheit der Hamburger SPD einfach nicht.

INFORMATION

Gesetzeslücke zur Bekämpfung des Terrorismus

Der Bundesgerichtshof hat in Sachen „Wehrsportgruppe (Hoffmann) — Ausland“ entschieden, daß eine Strafverfolgung wegen § 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) nur dann möglich ist, wenn von der Vereinigung mindestens eine Teilorganisation im Bundesgebiet besteht.

Für die Verfolgung krimineller Vereinigungen im Ausland, die aus deutschen Mitgliedern besteht und die sich gegen die innere Sicherheit der Bundesrepublik richten, besteht danach keine ausreichende Rechtsgrundlage.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Erhard, wies darauf hin, daß diese Rechtslücke dringend geschlossen werden müsse. Die CDU/CSU fordert eine Ergänzung des Strafgesetzbuches: Ausländische Vereinigungen sind hier wie inländische zu bestrafen, wenn ihre Zwecke oder Tätigkeit darauf gerichtet sind, in der Bundesrepublik terroristische Gewalttaten nach § 129a (z. B. Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, schwere Brandstiftung) zu begehen.

Helmut Kohl bei Margret Thatcher

Helmut Kohl ist in London von der britischen Premierministerin Margret Thatcher empfangen worden und war danach Gast eines ihm zu Ehren gegebenen Essens. Kohl ist auch in Westminster mit konservativen Abgeordneten zusammengetroffen sowie mit anderen Persönlichkeiten des britischen öffentlichen Lebens. Außer-

dem hatte er ein einstündiges Gespräch mit dem ehemaligen EG-Präsidenten Roy Jenkins, zu dem er seit vielen Jahren enge persönliche Kontakte unterhält.

Am Dienstag besuchte er das Grab Winston Churchills im südenglischen Blenheim. Er erfüllte sich damit einen lange gehegten Wunsch: Nach eigener Darstellung hatte er schon 1946 als junger Mann begeistert den Idealen zugestimmt, die Churchill in seiner berühmten Rede in Zürich entwickelt hatte. Heute wie damals seien Churchills Gedanken über ein freies und geeintes Europa gültig, sagte Helmut Kohl.

AA-Studie warnt vor Mißtrauen im Westen

In einer internen Studie des Auswärtigen Amtes wird die Bundesregierung aufgefordert, in der derzeitigen Lage „die Vereinbarkeit von Ostpolitik und Allianzpolitik wieder zu sichern“.

In dem in der jüngsten Ausgabe des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ auszugsweise veröffentlichten Papier wird zugleich vor einer Verharmlosung der politischen Absichten der Sowjetunion gewarnt. Ebenso müsse sich Bonn vor der Rolle eines Interpreten zwischen den beiden Supermächten hüten.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes bestätigte die Existenz des Papiers indirekt mit den Worten, es sei die Aufgabe des Planungsstabes, Alternativen aller Art auszuarbeiten. Es bleibe jedoch der Entscheidung des Außenministers vorbehalten, welche Alternativen aufgegriffen werden sollen.

Laut „Spiegel“ heißt es unter anderem in der Studie: „Das notwendige Bemühen, dem Osten das Vertrauen zu geben, daß unsere Politik berechenbar und langfristig angelegt ist, darf uns nicht zu offiziellen öffentlichen Äußerungen verleiten, die im Westen Mißtrauen erzeugen“.

Baums Position ist rechtlich unhaltbar

Die Kritik des Bundesinnenministers am Datenschutzbericht hat einen ebenso entscheidenden wie charakteristischen Mangel: erklärten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Alfred Dregger, und der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger. Baum geht auf die zentrale kritische Forderung von Bull an den Verfassungsschutz, künftig nur noch Funktionäre, nicht mehr „einfache“ Mitglieder extremistischer Organisationen zu speichern, überhaupt nicht ein.

Es gibt gute Gründe anzunehmen, daß diese Forderung, die den Verfassungsschutz im Kern seiner Aufgabe trifft, Baums eigenen Vorstellungen nahekommt oder sogar entspricht. Er schrieb schon im 78er Verfassungsschutzbericht, daß es für ihn nur Organisationen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung gebe, keine solchen Personen.

Diese Position ist rechtlich unhaltbar, wie Artikel 18 GG, die Formulierungen des Verfassungsschutzgesetzes und Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zeigen. Und sie ist politisch unvertretbar und gefährlich.

Denn die Mitglieder extremistischer Organisationen — vielfach sind sie Kaderparteien — sind die Träger ihrer verfassungsfeindlichen Ziele und Tätigkeiten. Gerade noch haben wir erfahren, wie „einfache“ Mitglieder neonazistischer Gruppen sich fast über Nacht zu Bombenlegern entwickelt haben. Wenn es nach Herrn Bull ginge, dürfte der Verfassungsschutz nichts von ihnen wissen. Und DKP-Kader dürften auch erst nach Erklimmen der Partei-Karriereleiter zur Kenntnis genommen werden.

Herrn Bull mag man für solche gefährlichen naiven Vorstellungen seine Unkenntnis des Auftrags und der Arbeit des Verfas-

sungsschutzes zugute halten. Herr Baum als verantwortlicher Minister hat keinen Anspruch auf solche Nachsicht.

Er muß sofort und eindeutig sich erklären. Die Verfassungsschutzbehörde des Bundes und die zur Zusammenarbeit mit ihr verpflichteten und darauf angewiesenen Länder dürfen keinen Tag im unklaren gelassen werden, was ihr Auftrag ist und wie der Bundesinnenminister dazu steht.

DDR-Reisen gingen um 50 Prozent zurück

Im Hinblick auf die kürzlich veröffentlichten Zahlen des innerdeutschen Reiseverkehrs erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Lorenz: Der Reiseverkehr in die DDR und nach Ost-Berlin hat sich im Jahre 1981 auf etwa fünf Millionen Besuche reduziert. Dies ist die traurige Bilanz der Zwangsumtauscherhöhung. Doch das ganze Ausmaß der Misere wird erst sichtbar, wenn man nicht die — vom erhöhten Zwangsumtausch schon beeinträchtigte — Vergleichszahl des Jahres 1980 (6,7 Mio.) zugrunde legt, sondern von den acht Millionen Besuchsreisen des Jahres 1979 ausgeht. Dann beträgt der Rückgang bei nahe 40 Prozent.

Für verstärkten Jugendschutz

Verschärfte Bestimmungen zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit hat die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Helga Wex, von der Bundesregierung gefordert. Frau Wex beklagte den „ungehemmten Zutritt“ von Kindern und Jugendlichen zu Spielhallen mit ihren „Killerautomaten“, das steigende Angebot an Tagesdiscotheken für Schüler und Lehrlinge sowie die „viel zu laute Musik in Discos“, die zu Schwerhörigkeit führe.

■ HAUSHALT '82

Die Schuldenwirtschaft wird unvermindert fortgesetzt

Regierung und Koalition haben nach Ansicht der Opposition mit der Haushaltsoperation 1982 den Rest des Vertrauenskredits verspielt, den sie nach Meinung der CDU/CSU benötigt, um die deutsche Wirtschaft aus ihrer gegenwärtigen Talsohle herauszuführen und damit wirksam die hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zu bekämpfen.

Nach einer jahrelangen Schuldenpolitik, erklärten die Redner der Unionsparteien in der Parlamentsdebatte über den Haushaltsentwurf 1982 im Bundestag, habe die SPD/FDP-Regierung jeglichen finanziellen Manövrierspielraum für sinnvolle beschäftigungswirksame Maßnahmen verloren. Eine wirtschaftspolitische Wende könne jetzt nur noch durch eine neue Regierung erreicht werden.

Wörtlich erklärte der Abgeordnete Lothar Haase: Dieser Bundeshaushalt 1982 leitet nicht die vielbeschworene Wende in der Finanzpolitik ein. Auch 1982 wird die schlimme Schuldenwirtschaft unvermindert fortgesetzt. Im Jahre 1982 will die Bundesregierung jetzt, im Januar, schon fast 27 Milliarden DM neue Schulden machen, obwohl dem Haushalt 1982 Steuer- und Abgabenerhöhungen von rund 8,5 Milliarden DM und eine Bundesbankablieferung von 10,5 Milliarden DM zugute kommen. Zusammen sind das Einnahmeerhöhungen von rund 19 Milliarden DM, wogegen Ausgabenbeschneidung durch das Haushaltssicherungsgesetz nur relativ bescheiden ausfällt — ein Betrag ledig-

lich, um die zusätzliche Zinsbelastung gerade auszugleichen.

27 Milliarden DM Schuldenzuwachs im Januar bedeuten aber nach den Erfahrungen des letzten Jahres 34 Milliarden DM im Sommer und 38 bis 40 Milliarden DM bis zum Jahresende. Und dies ist dann die Neuverschuldung.

Die für den Kapitalmarkt wichtigste Zahl, die Bruttokreditaufnahme des Bundes für 1982, also die Inanspruchnahme der Kreditmärkte durch Neuverschuldung, liegt heute schon fast bei 73 Milliarden DM. Im Januar letzten Jahres bezifferte die Bundesregierung ihren Bruttokreditbedarf mit 61 Milliarden DM; geworden sind es dann 86 Milliarden DM, also 25 Milliarden DM mehr als am Jahresanfang gewünscht oder zugegeben. Und jeder mag sich danach ausrechnen, wie hoch die tatsächliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Bund im Jahre 1982 sein wird.

Volkswirtschaftlich wirkt auch das Ausfüllen von Haushaltslücken mit Gewinnen der Bundesbank zudem wie eine erhöhte Neuverschuldung. Denn wenn die Bundesbank an ihrer antiinflationären Geldmengenpolitik festhält, muß sie die Geldmenge auf anderen Gebieten entsprechend drosseln. Das engt den Finanzierungsspielraum für Privatinvestitionen ein.

Auch 1982 hält also der Druck des Staates auf den Kapitalmarkt und damit auf die Zinsen unvermindert an. Auch 1982 liefert der Staat den privaten Investoren am Kapitalmarkt einen hemmungslosen Verdrängungswettbewerb. Das alles zeigt: Die

Operation 1982 ist nicht geglückt, eine Verbesserung der Haushaltsstruktur ist nicht erreicht; im Gegenteil: Die Bundesregierung hat praktisch jeglichen finanziellen Handlungsspielraum verloren. Das ist für viele politische Aufgabenbereiche gleichbedeutend mit dem Verlust jeglicher politischer Gestaltungsmöglichkeit.

Das Schlimmste aber ist: Die Bürger unseres Landes, die Wirtschaft und die Finanzmärkte haben das Vertrauen in die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verloren. Regierung und Koalition haben mit ihrem ständigen Beschönigen der wahren Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, dem mehrmaligen Vertuschen von riesigen Haushaltslöchern und dem Versuch, das alles mit ausländischen Entwicklungen zu entschuldigen, den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verspielt. Die Regierung drückt sich vor ihrer Führungsaufgabe mit nachgerade peinlichen Hinweisen auf das Ausland; die Koalitionsredner machen ihr das leider nach.

Deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik müßte sich doch den Herausforderungen — ob hausgemacht oder international bedingt — in unserem Lande stellen. Die Hausaufgaben löst man nicht, wenn man internationale Entwicklungen ständig als Alibi und Entschuldigung für eigenes Unvermögen benutzt. Wohin man in diesem Haushalt auch sieht, ob man sich den Etat der Bundesanstalt, den Stahlbereich, den Reaktorbau, den Finanzbedarf der Bundeswehr, Bürgschaften für Polenkredite ansieht, alles ist bestenfalls an der unteren Grenze der Realität veranschlagt, vermutlich sogar mehr als darunter.

Nach dem Jahreswirtschaftsbericht steht SPD und FDP wieder Streit ins Haus, diesmal der Streit um ein Beschäftigungsprogramm. Wenn sich dann diejenigen durchsetzen, die immer noch dem Irrglauben folgen, ein Staatsausgaben-Strohfeuerprogramm bringe die Lösung auf dem Ar-

beitsmarkt, dann wird bald sichtbar werden, daß das zum Nulltarif jedenfalls nicht zu haben ist. Im Haushalt fehlt dafür jede Mark. Es müssen schon eine ganze Reihe kleiner und großer Wunder geschehen, wenn dieser Haushalt in ein paar Monaten nicht schon wieder zusammenbrechen soll und als Makulatur abgelegt werden muß.

Mit Sicherheit steht uns das nächste Etatspektakel aber bei Aufstellung des Haushalts 1983 in diesem Sommer bevor. Dann zeichnen sich die Milliardenlöcher für 1983 ab. Dann müssen weitere, noch schmerzlichere Haushaltssicherungs-gesetze vorbereitet werden.

Die echte, die wirkliche Haushaltssanierung steht unserem Land noch bevor. Sie wird wegen Mangel an Entschlußkraft, wegen Mangel an Handlungsspielraum und wegen versiegender politischer Gemeinsamkeiten der Koalition von dieser nicht mehr bewirkt werden können. Um dieses Land wieder auf den Pfad wirtschaftlicher Tugend und wirtschaftlichen Wohlstandes zu bringen, fehlt das Vertrauen in unserem Volke. Dieses Vertrauen kann nur wiederhergestellt werden durch einen Wechsel in Bonn.

Hans Jörg Häfele zog folgende Bilanz: Das Risiko dieses Haushalts 1982 und das der weiteren Jahre ist auch deswegen gewachsen, weil wir in den letzten Wochen eine Diskussion um ein sogenanntes Beschäftigungsprogramm erlebt haben. Es ist verständlich, daß man angesichts der besorgniserregend wachsenden Zahl der Arbeitslosen versucht, mit möglichst schnell wirkenden Mitteln diese Zahl gleichsam in den Griff zu bekommen. Trotzdem warnen wir die Regierung und die Koalition davor, hier kurzatmige Schritte zu ergreifen, nur um den Eindruck zu erwecken, jetzt tue man etwas. In Wirklichkeit würde man damit die Schäden noch vergrößern, die Schäden im Hinblick

auf eine langfristige Lösung der Beschäftigungsprobleme, die Schäden im Hinblick auf die Staatsverschuldung und die Inflation.

Der Grund für die Fehlentwicklung in unserem Lande ist seit Jahren gelegt und viel zu tiefgehend, als daß Hoffnung auf schnelle Erfolge bestehen. Es gibt für den Staat nicht mehr die Möglichkeit, das Problem rasch zu lösen, sondern es gibt nur noch die Möglichkeit, mit Solidität einen langen Weg zu gehen, auf dem dann durch entsprechende Maßnahmen neues Vertrauen geschaffen werden kann. Wir haben eine hartnäckige Erschlaffung der wirtschaftlichen Dynamik in unserem Land; wir haben ein Jahrzehnt des Substanzverzehr hinter uns. Das zeigt sich daran, daß der Investitionsanteil in unserer Volkswirtschaft im letzten Jahrzehnt laufend gesunken, der Konsumanteil dagegen laufend gewachsen ist.

In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen den Kosten und den Erlösen in den Betrieben immer mehr zum Nachteil der Erlöse verändert. Notwendig ist der Beginn einer Politik, die von der Staatsseite her die Bedingungen auf Dauer, für lange Jahre so setzt, daß sich die Leistungskräfte der Sozialen Marktwirtschaft wieder in einem mehrjährigen Prozeß entfalten können. Wir brauchen nicht Optik oder Strohfeuer-effekte, sondern wir müssen es durch die Inangasetzung eines solchen Prozesses wieder ermöglichen, daß daraus Arbeit für alle, und zwar auf Dauer, entsteht.

Es muß in Deutschland ein neuer Abschnitt mit Privatinvestitionen, Innovationen und Pioniergeist eingeleitet werden, damit die Schaffenskraft unserer Volkes wieder zur Entfaltung kommen kann; das ist das entscheidende Problem.

Deshalb warnt die CDU/CSU die Regierung davor, jetzt kurzatmig aus optischen Gründen neue, zusätzliche Fehler zu ma-

chen. Wir lehnen den Weg ab, mit neuer Verschuldung irgend etwas vorweisen oder wiederum die Flucht in weitere Abgabenerhöhungen wählen zu wollen; beide Wege sind in unserer Lage Gift.

Eine weitere Neuverschuldung würde die Zinsen erneut in die Höhe treiben; eine Abgabemehrbelastung würde die Kosten und die Preise steigen lassen.

Dreisprung der FDP

In diesem Zusammenhang muß ich auf das eigentliche Politikum dieser Woche zu sprechen kommen. Das eigentliche Neue war der Dreisprung der FDP. Am Sonntag hat Graf Lambsdorff ein Interview gegeben und erklärt: Mit mir ist keinerlei Steuererhöhung zu machen; das wird entschieden abgelehnt. Am Montag hat er im Präsidium der FDP mit dessen Zustimmung ein Modell vorgelegt, wonach eine Mehrwertsteuererhöhung durchaus in Betracht komme — mit dem berühmten Dreisprung in der Sache. Am Dienstag hat der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Genscher, dies hier im Hohen Haus noch genauso mitvertreten. Aber am Mittwoch hat Lambsdorff dann die Frontbegradigung vorgenommen (Herr Hoppe etwas früher, das gebe ich zu) und hier im Hohen Haus erklärt: Das kommt überhaupt nicht in Betracht; die Nachteile sind größer als die Vorteile. Meine Damen und Herren, eine solche öffentliche Diskussion zu führen, ist Gift; sie führt nur zur Verwirrung.

Daß in unserem Land Pessimismus, Vertrauensverlust, Defatismus um sich greifen, hat seine Ursache nicht nur darin, daß die Probleme objektiv schwer genug sind, sondern genau in einem solchen Hin und Her. Was die SPD da alles bietet, ist noch viel schlimmer. Durch dieses Hin und Her seit Wochen geht das letzte Vertrauen der investierenden Wirtschaft verloren.

■ GLEICH- BERECHTIGUNG

Neues Gesetz schafft nur mehr Bürokratie

Die Frauenvereinigung der CDU begrüßt, daß endlich nun auch die Bundesregierung ernsthaft an die weitere Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern herangeht, erklärte die Vorsitzende der Frauenvereinigung Helga Wex.

Dies ist längst überfällig, angesichts der drängenden Probleme, wie z. B. der überproportional hohen Frauenarbeitslosigkeit, der notwendigen Rentenreform zugunsten von mehr Partnerschaft im Rentenrecht und eine angemessene Beteiligung von Frauen in der Politik und sonstigen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Die Frauenvereinigung hat dazu in der Vergangenheit richtungsweisende Initiativen durchgesetzt: so z. B. das Forschungsinstitut „Frau und Gesellschaft“, das jetzt vom Land Niedersachsen eingerichtet wurde, und die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die 1980 ihre Arbeit abgeschlossen hat.

Ein Weg zu mehr Partnerschaft muß sich hier fortsetzen. Dazu hat die Frauenvereinigung Schritte aufgezeigt

- im Bereich der Bundesregierung: die Einrichtung eines Frauen- und Familienkabinetts
- im Bereich der Arbeitswelt: die Über-
einkunft von Arbeitgebern und Arbeit-

nehmern z. B. durch freiwillige Einsetzung von Gleichberechtigungsräten.

Die Frauenvereinigung der CDU ruft alle Parlamentarierinnen auf, sich für diese Maßnahmen zugunsten der Frauen über die Parteigrenzen hinweg einzusetzen und sich als ständige Anlaufstellen zu erklären.

Ein Antidiskriminierungsgesetz ist nicht in der Lage, die Probleme, die heute noch als Folge mangelnder Gleichberechtigung bestehen, zu lösen. Als Globalgesetz kann es notwendigerweise nicht mehr erreichen, als heute schon auf Grund des Art. 3 Grundgesetz möglich ist. Allerdings müssen Frauen mehr als bisher ihre Rechte wahrnehmen. Daß dies möglich ist, hat nicht zuletzt der Ausgang des Prozesses beim Bundesarbeitsgericht in Kassel wegen der gleichen Eingruppierung gezeigt. Partnerschaft und Gleichberechtigung sind ein Problem der Einstellung, nicht ein Problem von neuen Gesetzen. Deshalb sind die Bemühungen durch ein sogenanntes Antidiskriminierungsgesetz, die Gleichberechtigung zu verwirklichen, höchst fragwürdig, da vor allem neue Bürokratien geschaffen würden. Die Politiker, die solche neuen Gesetze favorisieren, gehen erneut den Weg des geringsten Widerstandes, denn ein neues Gesetz zu verabschieden, ist einfacher, als ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die in einzelnen Sachbereichen zu mehr Gleichberechtigung beitragen können.

Die heute noch bestehenden Benachteiligungen der Frauen sind das Ergebnis übernommener Verhaltensweisen und verfestigter Rollenbilder. Es nützt nichts, diese sensiblen Bereiche lediglich gesetzestechnisch in den Griff zu bekommen, wenn in der Gesellschaft die Partnerschaft nicht gelebt wird.

■ KOALITION

Nur Genscher hält die SPD an der Macht

Die Union hat die Freien Demokraten dafür verantwortlich gemacht, daß durch ein Weiterregieren der Bonner Koalition in der Bundesrepublik Tag für Tag neuer Schaden entstehe. Unter Hinweis auf jüngste Beschlüsse innerhalb der SPD zu Fragen der Abrüstung und des Arbeitsmarktes erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger, in Bonn: „Das einzige, was die SPD effektiv weiter an der Macht hält, ist die FDP des Bundesaußenministers Genscher.“ Ihn und seine Partei treffen daher die volle Mitverantwortung für den Zustand des Landes und eine weitere Verschlechterung der Lage.

SPD-Abgeordnete gegen den Wehretat

In ungewöhnlich scharfer Form haben fünf SPD-Bundestagsabgeordnete ihre Ablehnung des Verteidigungshaushalts 1982 zum Ausdruck gebracht, dessen 5,2prozentige Steigerungsrate sie als „unverantwortlich“ und mit sozialdemokratischer Politik nicht vereinbar bezeichneten. „Kanonen statt Kindergeld“ und „Panzer statt Reis“, „Raketen statt Schulen“ für die Entwicklungsländer machten die Welt nicht sicherer, sondern nur noch ärmer und bedrohter, heißt es in einer Pressemitteilung der dem linken Flügel der SPD-Fraktion angehörenden Politiker. Die Abgeordneten Coppik, Meinicke, Schöfberger, Sielaff und Waltemathe hatten nach eigenen Angaben im Bundestag gegen den Etat von Verteidigungsminister Apel gestimmt. Schöfberger wies als Sprecher der Gruppe darauf hin, daß die von 17,5 auf 19 Mil-

liarden Mark gestiegenen Ausgaben für Rüstungsgüter genau die 1,5 Milliarden Mark auffressen würden, die der Bundestag jüngst beim Kindergeld eingespart habe.

20 000 Austritte bei der SPD

20 000 Mitglieder haben im vergangenen Jahr die SPD verlassen, die gegenwärtig über 960 000 Mitglieder verfügt. Bundesgeschäftsführer Peter Glotz will jedoch nicht von einem „Massenaustritt“ sprechen, bestreitet aber eine große Unzufriedenheit ebenfalls nicht.

40 Millionen unnötige Verwaltungskosten

Über 40 Millionen Mark Verwaltungskosten könnten dem Steuerzahler jährlich erspart werden, wenn es gelänge, die Bezüge von Wohngeldleistungen für Sozialhilfeempfänger in die Sozialhilfeleistung zu integrieren. Der Unionsabgeordnete Werner Dörflinger weist darauf hin, daß dies aus der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auf eine entsprechende Anfrage im Deutschen Bundestag zu ersehen sei.

Danach erhalten knapp ein Viertel der 1,625 Millionen Haushalte, die Wohngeld beziehen, auch Sozialhilfe. Es kann also davon ausgegangen werden, daß etwa ein Viertel der für 1980 mit rund 179 Millionen Mark ermittelten Verwaltungskosten für die Durchführung des Wohngeldgesetzes auf Bezieher von Sozialhilfe entfallen.

Dörflinger meint, daß angesichts dieser relativ hohen Kosten eine Verwaltungsvereinfachung dergestalt gefunden werden könnte, daß bei Sozialhilfeempfängern künftig auf die separate Berechnung des Wohngeldes verzichtet werde. Dies sei möglich, da es sich bei Wohngeld für Sozialhilfeempfänger weitgehend um einen internen Rechnungsposten handele.

Aus der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs geht allerdings hervor, daß die Bundesregierung eine gesetzliche Regelung zur Vereinfachung des Verwaltungsvollzuges nicht vorschlagen will. Die Bundesregierung sieht rechtliche und praktische Probleme, die allerdings nach Dörfingers Meinung wenig stichhaltig sind. Wenn es um die Einsparung von Steuergeldern geht, kann man von einem Ministerium ruhig etwas mehr Kreativität erwarten.

Hansen will neue Partei links von SPD gründen

Zur Gründung einer neuen Partei links von der SPD wird „Ende Januar/Anfang Februar“ aufgerufen werden. Das bestätigte das Bundestagsbüro des ehemaligen Sozialdemokraten Karl-Heinz Hansen gegenüber der „Westfälischen Rundschau“. Den Gründungsauftrag wird danach neben Hansen auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik unterzeichnen. Genannt werden auch der Schriftsteller Günther Wallraff und der ehemalige Berliner Bürgermeister Heinrich Albertz.

Grüne geben neuer Linkspartei keine Chance

Eine neue Partei links von der SPD wäre nach Ansicht der Grünen völlig fehl am Platze, ihr „Ende bereits vorprogrammiert“. Mit dieser Erklärung nahm der Bundesvorstand der „Grünen“ zu den Berichten über die möglicherweise bevorstehende Gründung einer „Demokratischen Sozialistischen Partei“ der Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik Stellung. Die Art und Weise der Vorbereitung lasse deutliche Merkmale einer „Gründung von oben“ erkennen, sagte Ernst Hoplietschek vom geschäftsführenden Bundesvorstand der Grünen in Berlin. Alle unzufriedenen Sozialdemo-

kraten sollten besser an der Basis mit den Grünen über Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Zielvorstellungen diskutieren.

Verteidigungsfähigkeit in Frage gestellt

Zur Haltung von Bundesverteidigungsminister Hans Apel und zu dessen Äußerungen in der Fernsehsendung „Bonner Perspektiven“ am 24. Januar 1982 erklärte der stellvertretende Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Verteidigungsausschuß, Alfred Biehle: Das Problem der Kriegsdienstverweigerung verschärft sich in besorgniserregendem Umfang. Nachteile für die Personallage der Bundeswehr zeichnen sich ab. Der Stau von Wehrpflichtigen, die einen Antrag gestellt haben, liegt bei 80 000. Die Anträge der Kriegsdienstverweigerer nehmen zu. Sie sind im Jahre 1981 auf fast 60 000 gestiegen. Hinzu kommt, daß in Zukunft das Aufkommen an Wehrpflichtigen rapide abnimmt. In einer vergleichbaren Gesamtlage hat das Bundesverfassungsgericht im April 1978 eine Gefahr für die Verteidigungsfähigkeit gesehen. Ein Handeln im Interesse der Bundeswehr ist daher dringend geboten.

Während sich CDU und CSU in dem Ziel einig sind, daß der Wehrdienst die Regel, seine Verweigerung die Ausnahme bleiben muß, und bereit sind, über eine entsprechende Lösung in Verhandlungen einzutreten, weicht der Bundesminister der Verteidigung einer klaren Entscheidung weiter aus. Er ließ es zu, daß die Sachkompetenz auf andere Ressorts verschoben wurde und tut nichts, um die notwendige Initiative von seiten der Regierung in Gang zu setzen. Er verweist lediglich in vager Form auf andere Lösungen, wie die Verlängerung der Wehrpflicht in sechs bis acht Jahren und den eventuellen Einsatz von Frauen.

■ PARTEISPENDEN

Rufmordkampagne eine Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze

Zu den gegen den Schatzmeister der CDU, Walther Leisler Kiep, MdB, erhobenen Vorwürfen erklärte Generalsekretär Heiner Geißler:

① Die CDU Deutschlands verurteilt mit allem Nachdruck die nun schon Monate währende flagrante Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze, die durch die ungehemmte Verbreitung zahlreicher illegal beschaffter Informationen aus einem schwebenden Ermittlungsverfahren gegen Walther Leisler Kiep entstanden ist. Diese Veröffentlichungen stellen eine massive Verletzung nationaler und internationaler rechtsstaatlicher Grundsätze dar. Entgegen den Bestimmungen des Deutschen Strafrechts und des Deutschen Strafprozeßrechts sowie der Europäischen Menschenrechtskonventionen, wonach niemand als verurteilt angesehen werden darf, bevor gegen ihn ein Strafurteil rechtskräftig geworden ist, soll von interessierter Seite durch diese Veröffentlichungen der Eindruck erweckt werden, als sei Walther Leisler Kiep für massive Steuervergehen verantwortlich.

② In Abstimmung mit Walther Leisler Kiep und seinem Anwalt, Universitätsprofessor Dr. Günter Kohlmann (Köln), hat die CDU-Bundespartei bisher zum schwebenden Ermittlungsverfahren aus rechtsstaatlichen Erwägungen keine Stellungnahme abgegeben. Auch jetzt will die CDU nicht durch öffentliche Erklärungen Einfluß auf ein schwebendes Ermittlungsverfahren nehmen. Die CDU hat jedoch nach neuesten Veröffentlichungen den si-

cheren Eindruck, daß pünktlich zu Beginn des Jahres 1982 gegen Walther Leisler Kiep, der sich als Kandidat der Hamburger CDU bei der dortigen Bürgerschaftswahl um das Amt des Ersten Bürgermeisters bewirbt, von interessierter Seite eine gezielte Kampagne in Gang gesetzt wird, die Züge des Rufmords trägt. Diese Kampagne kann auch dazu führen, daß die Ermittlungsarbeiten der zuständigen Staatsanwaltschaft nachhaltig erschwert werden und ein faires rechtsstaatliches Verfahren beeinträchtigt wird.

Daß diese Kampagne inzwischen unerträgliche und groteske Formen angenommen hat, geht vor allem daraus hervor, daß Walther Leisler Kiep täglich angebliche Beschuldigungen aus der Presse erfahren muß, während seinem Anwalt bisher, trotz mehrfacher Bemühungen, Akten Einsicht nicht gewährt werden konnte. Die CDU wird alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die Hintergründe und die Urheber dieser Kampagne aufzudecken.

③ Diese Anschuldigungen treffen den falschen Mann. Gerade Walther Leisler Kiep hatte sich seit Jahren um eine Klärung der rechtlichen Grundlagen der Parteienfinanzierung bemüht. Auf seine entscheidende Anregung hat die niedersächsische Landesregierung, der er von 1976 bis 1980 als Finanzminister angehörte, im Sommer 1978 ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht eingeleitet. Damit sollte überprüft werden, ob die damals bestehenden Vorschriften über steuerliche Abzugsfähigkeit von Beiträgen

und Spenden an politische Parteien mit dem Grundgesetz vereinbar seien.

Auf ausdrückliche Veranlassung von Walther Leisler Kiep und seines Generalbevollmächtigten hat die CDU-Bundespartei als einzige politische Partei dem Bundesverfassungsgericht umfassende und detaillierte Unterlagen über die von ihr tatsächlich wahrgenommenen staatspolitischen sowie spezifisch parteipolitischen Aufgaben und über alle Einnahmen und Ausgaben der CDU-Bundespartei vorgelegt. Ferner hat die niedersächsische Landesregierung dem Bundesverfassungsgericht ein Gutachten zur Parteienfinanzierung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer überreicht. In seinem Urteil vom 24. Juli 1979 hat das Bundesverfassungsgericht diese Offenlegung ausdrücklich gewürdigt. Durch diese nachdrückliche Mitwirkung hat Walther Leisler Kiep wie kein anderer zur Klärung der unübersichtlichen Rechtslage bei der Parteienfinanzierung beigetragen.

④ Ich stelle weiterhin fest, daß die CDU-Bundespartei nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juli 1979 die Finanzierung ihrer Arbeit in voller Übereinstimmung mit den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten steuerlichen Prinzipien durchführt.

Dies darf in der Diskussion über die Parteienfinanzierung ebenso wenig übersehen werden wie der Umstand, daß in Kerngebieten der Parteienfinanzierung bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts des Jahres 1979 erhebliche Rechtsunsicherheiten bestanden. Erst seit diesem Urteil sind sämtliche steuerlichen Fragen der Parteienfinanzierung eindeutig beantwortet. Die CDU-Bundespartei hatte daher — auf Veranlassung des Bundesschatzmeisters und seines Generalbevollmächtigten Dr. Lühje — sofort im Anschluß an diese Entscheidung ihre Finanzierung überprüft und neu geordnet.

STICHWORT:

Beschäftigungsprogramm

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, das 1967 von der Großen Koalition geschaffen wurde, verpflichtet Bund und Länder, ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen „so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außerwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“.

Angeichts wachsender Arbeitslosigkeit erwägt die Bundesregierung als Gegenmaßnahme ein sogenanntes staatliches Beschäftigungsprogramm. In der öffentlichen Diskussion sind ebenfalls die Begriffe staatliches Arbeitsmarktprogramm, staatliches Konjunkturprogramm, staatliches Investitionsprogramm oder staatliches Ausgabenprogramm zu hören. Diese Begriffe haben den gleichen Inhalt und sind durch folgende Punkte gekennzeichnet:

- sie haben kurzfristigen Charakter,
- sie zielen vorwiegend auf die Nachfrageseite ab,
- sie werden weitgehend finanziert durch eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben, die finanziert werden über zusätzliche Steuern oder durch eine zusätzliche Verschuldung.

Die CDU hat eine Alternative zu staatlichen Beschäftigungsprogrammen vorgeschlagen, nämlich Maßnahmen der Tarif-, Steuer- und qualitativen Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehören:

- Abbau politisch bedingter Investitionshemmnisse und bürokratischer Hindernisse (z. B. in den Bereichen der Telekommunikation, des Wohnungsbaus und der Energieversorgung),
- Änderung des Steuersystems zugunsten einer Besteuerung, die Leistung belohnt und Investitionen fördert,
- Verbesserung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer und der Eigenkapitalausstattung der Unternehmer durch Förderung der freiwilligen betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung,
- differenziertere und flexiblere Gestaltung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit.

■ POLEN

Entschliebung der EUCD/EVP

Die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) und die Europäische Volkspartei (EVP), die am 12. und 13. Januar 1982 in Brüssel zusammengetreten sind, erklären ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem leidenden polnischen Volk und äußern ihr Vertrauen in die Fähigkeit des polnischen Volkes, selbst sein Schicksal in Freiheit zu gestalten.

Die EUCD und die EVP verurteilen den militärischen Gewaltakt, der den originären und schrittweisen Prozeß der demokratischen und pluralistischen Erneuerung, welcher mit Sympathie und Hoffnung von allen Völkern verfolgt worden ist, brutal unterbrochen hat.

Die EUCD und die EVP stellen fest, daß die Repressionsmaßnahmen in Polen in flagrantem Widerspruch zur Erklärung der Menschenrechte und zur Schlußakte von Helsinki stehen und fordern, daß bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid Maßnahmen beschlossen werden, die die Einhaltung der in Helsinki eingegangenen Verpflichtungen garantieren.

Die EUCD und die EVP verweisen auf die unmittelbare Verantwortlichkeit der Sowjetunion bei der polnischen Tragödie.

Die EUCD und die EVP fordern mit größtem Nachdruck, unverzüglich

- den Belagerungszustand aufzuheben;
- die politischen Gefangenen freizulassen;
- die Grundfreiheiten, insbesondere die gewerkschaftlichen Freiheiten zu gewährleisten;

— den Dialog zwischen der Regierung, der katholischen Kirche und der Gewerkschaft Solidarität wiederaufzunehmen.

Die EUCD und die EVP fordern, daß die Wirtschafts- und Finanzhilfe an Polen von den Fortschritten im Sinne dieser Forderungen abhängig gemacht wird.

Die EUCD und die EVP wollen, daß die humanitäre Hilfe fortgesetzt und zum unmittelbaren Nutzen des polnischen Volkes ausgeweitet wird.

Die EUCD und die EVP betonen, daß die Rolle der Sowjetunion in der polnischen Krise die Entspannungspolitik schwer beeinträchtigt und eine gemeinsame und nachdrückliche Aktion der westlichen Länder — insbesondere der Europäer — herausfordert, um eine Strategie für die Freiheit zu verwirklichen.

Sie wünschen, daß der Gewaltstreich von Warschau — so wie es das brutale Eingreifen in Prag bewirkt hat — in unseren Völkern das Bewußtsein dafür schärfen möge, wie notwendig und dringend die politische Einigung Europas ist.

Enttäuschung in Straßburg

Zu der Wahl des niederländischen Sozialisten Piet Dankert zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments, erklärte Kai-Uwe von Hassel, Kommunisten und andere linke Gruppierungen, aber auch Stimmen der Konservativen haben ihm zur Mehrheit verholfen. Dankert setzte sich bei der Wahl gegen den Kandidaten der Christlichen Demokraten, Egon Klepsch durch.

Aufruf an die Partei

Helmut Kohl hat dazu aufgerufen, am 30. Januar an die Solidaritätsveranstaltungen für die Freiheitsrechte des polnischen Volkes teilzunehmen. In einem Flugblatt der CDU begrüßt Helmut Kohl die Entscheidung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den 30. Januar zum Tag der Solidarität mit den inhaftierten polnischen Gewerkschaftern zu erklären.

Zugleich bittet der Parteivorsitzende darum, die Kirchen und das Rote Kreuz weiterhin durch Spenden zu unterstützen, denn es bleibe neben der Demonstration gegen Unterdrückung und Willkür notwendig, die individuelle Hilfeleistung für die Menschen in Polen fortzusetzen.

Der Text des Flugblattes zum Tag der Solidarität mit dem polnischen Volk hat folgenden Wortlaut:

Solidarität mit dem polnischen Volk

Seit Mitte Dezember herrscht in Polen das Kriegsrecht. Die bis dahin mühsam erkämpften Freiheitsrechte des polnischen Volkes werden wieder unterdrückt. Tausende sind inhaftiert. Die Zahl der Aburteilungen in Schnellverfahren steigt ständig. Die freie Gewerkschaft „Solidarität“ wird planmäßig zerschlagen. Die politischen Säuberungsaktionen in allen Bereichen gehen weiter. Wiederum zeigt sich, daß kommunistische Systeme weder willens noch fähig sind, die einfachsten Menschenrechte zu gewähren. Freiheit und Kommunismus schließen sich aus.

Wie 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Budapest, 1968 in Prag, zeigt sich heute erneut, daß

Moskau mit eiserner Faust seinen Herrschaftsanspruch durchsetzt. Daß dies in Polen durch Truppen des eigenen Landes geschieht, ist nichts als eine Verschleierrungsaktion, die die Augen der Welt von der unmittelbaren Verantwortung der Sowjetunion ablenken soll.

Menschenrechte stehen nicht zur freien Verfügung einer Regierung, Breschnew und Jaruzelski können sich nicht selbst aus den in der Schlußakte von Helsinki übernommenen Verpflichtungen entlassen.

Die immer wieder von Jaruzelski und seinen eilig ausgesandten Boten versprochene Aufhebung des Kriegsrechts entpuppt sich immer mehr als großangelegte Irreführung einer gutgläubigen Weltöffentlichkeit.

Energischer denn je fordern wir die sofortige

— Freilassung aller Inhaftierten

— Wiederherstellung der durch den Reform- und Erneuerungskurs erreichten Freiheiten des polnischen Volkes

— Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Regierung, Kirchen und Gewerkschaft.

Die CDU Deutschlands begrüßt und unterstützt die Entscheidung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den 30. Januar zum Tag der Solidarität mit den inhaftierten polnischen Gewerkschaftern zu erklären. Ich rufe unsere Mitbürger auf, an diesem Tag an den Veranstaltungen für die Freiheitsrechte des polnischen Volkes teilzunehmen und damit aktiv gegen Unterdrückung und Willkür zu demonstrieren. Darüber hinaus bleibt es dringend notwendig, die persönliche Hilfeleistung für die Menschen in Polen fortzusetzen.

Ich bitte Sie, insbesondere die Kirchen und das Rote Kreuz durch Ihre Spende zu unterstützen.

Zur Sache:

Solidarität mit dem polnischen Volk

Seit Mitte Dezember herrscht in Polen das Kriegsrecht. Die bis dahin mühsam erkämpften Freiheitsrechte des polnischen Volkes werden wieder unterdrückt. Tausende sind inhaftiert. Die Zahl der Aburteilungen in Schnellverfahren steigt ständig. Die freie Gewerkschaft „Solidarität“ wird planmäßig zerschlagen. Die politischen Säuberungsaktionen in allen Bereichen gehen weiter.

Wiederum zeigt sich, daß kommunistische Systeme weder willens noch fähig sind, die einfachsten Menschenrechte zu gewähren. Freiheit und Kommunismus schließen sich aus. Wie 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Budapest, 1968 in Prag, zeigt sich heute erneut, daß Moskau mit eiserner Faust seinen Herrschaftsanspruch durchsetzt. Daß dies in Polen durch Truppen des eigenen Landes geschieht, ist nichts als eine Verschleiерungsaktion, die die Augen der Welt von der unmittelbaren Verantwortung der Sowjetunion ablenken soll.

Menschenrechte stehen nicht zur freien Verfügung einer Regierung. Breschnew und Jaruzelski können sich nicht selbst aus den in der Schlußakte von Helsinki übernommenen Verpflichtungen entlassen.

Die immer wieder von Jaruzelski und seinen eilig ausgesandten Boten versprochene Aufhebung des Kriegsrechts entpuppt sich immer mehr als großangelegte Irreführung einer gutgläubigen Weltöffentlichkeit.

Energischer denn je fordern wir die sofortige

- Freilassung aller Inhaftierten
- Wiederherstellung der durch den Reform- und Erneuerungskurs erreichten Freiheiten des polnischen Volkes
- Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Regierung, Kirchen und Gewerkschaft.

Die CDU Deutschlands begrüßt und unterstützt die Entscheidung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den 30. Januar zum Tag der Solidarität mit den inhaftierten polnischen Gewerkschaftern zu erklären. Ich rufe unsere Mitbürger auf, an diesem Tag den Veranstaltungen für die Freiheitsrechte des polnischen Volkes teilzunehmen und damit aktiv gegen Unterdrückung und Willkür zu demonstrieren. Darüber hinaus bleibt es dringend notwendig, die persönliche Hilfeleistung für die Menschen in Polen fortzusetzen.

Ich bitte Sie, insbesondere die Kirchen und das Rote Kreuz durch Ihre Spende zu unterstützen.

Helmut Kohl

Spendenkonten

Deutsches Rotes Kreuz

Konto: 41 41 41 bei allen Banken und Sparkassen
und beim Postscheckamt Köln
Kennwort: „Polen“

Deutscher Caritas Verband, Freiburg

202 Postscheckamt Karlsruhe
Kennwort: „Polen“

Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart

502 Postscheckamt Stuttgart
Kennwort: „Polen“

CDU
 **sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

29./30. 1. **CDA-Bund**

Geschäftsf. Bu/Vo, Königswinter

29. 1. LV Berlin

Landesvorstand mit MdB, Berlin

29. 1. LV Berlin

Landesausschuß (1), Berlin

RH Schöneberg

29. 1. LV Braunschweig

Landesvorstand, Braunschweig

29. 1. LV Westfalen-Lippe

Bezirksvorst. Industriegebiet

30. 1. CDA

Bundes-Personalräte-Konferenz,
Bonn

30. 1. CDA Westfalen-Lippe

Landesbetriebsgr.-Konferenz,
Dortmund

30. 1. CDA — LV Hannover

Landesvorstand, Hannover

30. 1. CDA Schleswig-Holstein

Landesvorstand, Malente

30. 1. Exil-CDU

Hauptvorstandssitzung, Berlin

30. 1. Frauenvereinigung — Bund

„AK-Medien“, Bonn

30./31. 1. JU Schleswig-Holstein

Landestag, Malente

30. 1. KPV

69. Fachtagung der KPV/NW
„Erfahrungsaust./Bezirksvertre-
tung“

30. 1. LV Hessen

Landesparteitag/LaVo-Wahlen,
Dreieich

30. 1. LV Braunschweig

Landesparteitag/LaVo-Wahlen,
Vienenburg, Stadthalle

30. 1. LV Rheinland

Juristen-Landestagung, Krefeld

1. 2. LV Rheinland-Pfalz

Landesvorstand, Mainz

3. 2. **CDU-Bund**

Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Bonn, KAH

4. 2. MIT

Geschäftsf. Bundesvorstand,
Bonn

5. 2. CDA Saar

Betriebs- u. Personalrätekonfe-
renz,
Saarbrücken

5. 2. **Frauenvereinigung — Bund**

Bundesvorstand, Bonn

5. 2. JU Saar

Konferenz der Gemeindever-
bandsvorsitzenden, Saarbrücken

5./6. 2. LV Rheinland

AGRAR Landestagung, Hennes

5. 2. **OMV — Bund**

Vorstandssitzung, Hannover

6. 2. CDA — LV Bremen

„Industriearnsiedlung“ Fachta-
gung

6. 2. **Frauenvereinigung — Bund**

Hauptausschuß, Bonn, KAH

6. 2. LV Oldenburg

Landesparteitag, Wilhelmshaven

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.